Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Vorlage 16/6104
19. November 2015

An die
Mitglieder des
Rechtsausschusses

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 19. November 2015 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Personalsituation in der rheinland-pfälzischen Justiz“.

Begründung:

Die Landesregierung hat in der 49. Sitzung des Rechtsausschusses am 5. November 2015 zur Personalsituation in der rheinland-pfälzischen Justiz berichtet. Dabei hat der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz die von ihm im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans 2016 vorgenommenen Stellenkürzungen bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften als „bedarfsgerecht“ verteidigt.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Paris hat der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz angekündigt, dass „die Abteilung für Staatsschutzangelegenheiten und die Landeszentrale Cybercrime bei der Staatsanwaltschaft Koblenz (…) durch drei zusätzliche Stellen ausgebaut (wird)“ (Pressemeldung vom 15. November 2015).

Nach Angaben des Deutschen Richterbundes handelt es sich allerdings nicht um zusätzliche Stellen, sondern Personal aus anderen Abteilungen soll dorthin umgesetzt werden. Der Richterbund befürchtet, dass hierdurch andere Abteilungen der rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften weiter geschwächt werden. Der Richterbund

…

hat auch darauf hingewiesen, dass alleine verstärkte Ermittlungen zur Terrorismusabwehr nicht ausreichten, sondern ermittelte Täter müssten auch in angemessener Zeit durch die Gerichte verurteilt werden. Dort fehle es aber weiterhin an dem nötigen Personal.

Laut einem Medienbericht (Rhein-Zeitung vom 18. November 2015) will der Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken bereits vor den Anschläge in Paris davor gewarnt haben, welche „schweren Zeiten“ der Justiz bevorstünden.

Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund um Berichterstattung gebeten.